

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 45 (1966)
Heft: 11

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Profile der Weltpolitik

Johnsons Abstecher nach Vietnam

Einige Tage vor den Novemberwahlen in den Vereinigten Staaten weilte der Hauptwahlkämpfer Präsident Lyndon B. Johnson auf einer ausgedehnten Asienreise. Alle seine Vorgänger kämpften zu diesem Zeitpunkt an der Heimatfront; aber wie die Zeitschrift «Newsweek» feststellte, hätte Johnsons Auftauchen auf der nationalen Wahlkampfszene seiner Demokratischen Partei mehr geschadet als genützt. Johnsons Popularität ist in den USA bedrohlich weiter gesunken.

Die Demokraten kämpften nicht geschlossen; innerhalb der Partei hat sich um Robert F. Kennedy eine starke johnsonfeindliche Gruppe geschart, die dem Präsidenten mehr und mehr unbequem ist und ihm die Parteiführung zu entreißen droht. Robert Kennedy hat sich übrigens wieder mit den gleichen Leuten umgeben, die seinerzeit für seinen Bruder John den Wahlkampf führten und als seine engsten Berater ins Weiße Haus einzogen.

«Er wird ohne Zweifel der amerikanischen Bevölkerung sehr viel über seine Friedensbemühungen erzählen», stellte die «New York Herald Tribune» fest. Er, Johnson nämlich, scharte in Manila auf einer von viel Publicity umgebenen Blitzkonferenz die ihm getreuen asiatischen Staatsschefs um sich, um über den Frieden zu reden, um der Welt klarzumachen, daß er, Johnson, den Frieden wolle und daß sie, die Nordvietnamesen, den Frieden verhindern.

Höhepunkt der Johnson-Show war der Abstecher nach Vietnam, wo er auf einer Festung weitab vom Geschütz der Vietkongs zu den amerikanischen Soldaten sprach. Das Ganze wurde völlig geheimgehalten und mit viel Tamtam inszeniert. Wichtiger als die Rede Johnsons, die nichts Neues enthielt, war natürlich die Anwesenheit der Reporter, der Photographen und Fernsehleute, die die Story möglichst rasch und möglichst wirkungsvoll in heimatliche amerikanische Gefilde zu senden hatten, die Story vom Präsidenten auf dem Schlachtfeld, die Story vom Präsidenten, der seine Landsleute auch im fernen Kampfgebiet nicht im Stiche läßt!

Kurz: Johnsons Reise nach Asien, seine Blitzfriedenskonferenz in Manila, sein Abstecher nach Vietnam, waren wohlinszenierte Propagandaeffekte. Für den Frieden in Vietnam hatte Johnson nichts getan, wohl aber den amerikanischen Wahlkampf nach Asien getragen.

Herbert Wehner: «Ich stelle zur Diskussion»

Für die Deutschen und wahrscheinlich auch für Europa wäre es am besten, wenn die Deutschen in einem vereinigten demokratischen Staat leben und ihre Verhältnisse zur übrigen Welt ordnen könnten», erklärte der stell-

vertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner in einem Interview mit Günter Gaus, dem Programmdirektor des Südwestfunks.

«Ich persönlich halte es für notwendig, den Gedanken einer Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft oder auch eines Deutschen Bundes als eines noch weitergehenden Aufeinanderzukommens nicht dadurch unbrauchbar zu machen, daß man ihn einfach identifizieren läßt mit der Ulbrichtschen Vorstellung von der Konföderation... Ich stelle es zur Diskussion. Wenn die andern keine Nullen sind, dann sollen sie sich dazu äußern und zeigen, wie sie es besser machen können.» Der sensationelle Vorschlag Wehners, eine «Deutsche Wirtschaftsgemeinschaft» zu schaffen, löste ein großes Echo aus, teils positiv, teils negativ.

Wehner begründete seine Initiative damit, es gehe darum, «den Menschen zu helfen». Die «Wiener Arbeiter-Zeitung» kommentiert dazu richtig: «In Wirklichkeit sind ein engerer Kontakt mit der ostdeutschen Bevölkerung und wirtschaftliche Maßnahmen, um ihre Existenz zu verbessern, das beste Mittel zur Auflockerung des ostdeutschen Regimes. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse in Ostdeutschland sich so weit gebessert haben, daß die Bewohner nicht unbedingt in den Westen flüchten wollen, wird auch die berüchtigte Mauer unnötig werden. Dann kann ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit des politischen Systems jener Vorgang des wirtschaftlichen Zusammenwachsens intensiver werden, an dessen Ende die allmähliche Aufhebung der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland und vielleicht wirklich später einmal auch die Wiedervereinigung steht. Das ist eine Frage der Reihenfolge, aber die Reihenfolge ist entscheidend.

Die Frage, die sofort gestellt wird, ist, ob eine deutsche Wiedervereinigung überhaupt erwünscht ist, ob ein wiedervereinigtes Deutschland nicht das europäische Gleichgewicht stören könnte oder gar der deutsche Militarismus Auferstehung feiern würde. Frankreich zum Beispiel hat solche Bedenken. Wehner meint dazu: «Die beste Möglichkeit, Befürchtungen solcher Art, die man ja aus der Geschichte gewissermaßen begreifen kann, zu zerstreuen, ist ein möglichst weitgehender föderativer Zusammenschluß Europas. Ich will damit keine utopische Zielvorstellung zu vielen andern hinzu in die Welt setzen. Aber durch ein solches engeres Zusammenwirken der europäischen Staaten wären die Befürchtungen gegenüber einem recht volkreichen deutschen Nationalstaat jedenfalls zu überwinden.»

Wie nicht anders zu erwarten war, hat die CDU die Vorschläge Wehners als «unrealistisch» abgelehnt, während der Koalitionspartner, die FDP, die verschiedenen Punkte ernsthaft erörtern will. Die deutschen Sozialdemokraten bemühen sich in letzter Zeit, die erstarrte deutsche Ostpolitik wieder in Bewegung zu bringen. Unter Erhard ist die Außenpolitik überhaupt dilettantisch geworden, die Bundesrepublik ist zu einem bloßen Spielball,

zu einem Objekt der Politik geworden. Man hat sich noch nicht einmal zur Anerkennung der Oder–Neiße-Linie durchringen können, sondern erhebt nach wie vor Gebietsforderungen, die absolut unrealistisch sind und eine vernünftige Politik mit den kommunistischen Oststaaten verhindern. Neben Spanien, das von England Gibraltar fordert, ist die Bundesrepublik Deutschland pikanterweise der einzige europäische Staat, der Gebietsansprüche geltend macht.

Ein Kapitel für sich sind die Bezeichnungen, die man in der Bundesrepublik für die DDR anwendet. Man will krampfhaft vermeiden, die tatsächliche Existenz des Staates, der aus der Sowjetzone geworden ist, zur Kenntnis zu nehmen. Man spricht von der «sogenannten DDR, der Zone, der Sowjetzone, von der sowjetisch besetzten Zone oder von Mitteldeutschland», während man bei uns im allgemeinen von Ostdeutschland spricht.

Die realistische Politik der SPD, bei Nichtanerkennung der DDR, sticht in wohlthuender Weise von der Passivität der CDU-Regierung Erhards ab. Schmücker, der Nachfolger Erhards als Wirtschaftsminister, sagte kürzlich zum jetzigen Kanzler: «Sie müssen endlich Ihr Haus in Ordnung bringen und Ihren Nachfolger bestimmen. Das ist das Wichtigste, was Sie jetzt noch zu tun haben.»

Befehl ist Befehl

«Ist Franz Novak schuldig, in Wien und in Ungarn im Jahre 1944 durch die in Kenntnis der Ziele der Endlösung der Judenfrage vorgenommene Organisierung zahlreicher Transporte jüdischer Männer, Frauen und Kinder aus Ungarn und durch deren Übergabe an die Organe der als Vernichtungslager eingerichteten Konzentrationslager aus Bosheit eine Gefahr für das Leben, die Gesundheit und körperliche Sicherheit von Menschen herbeigeführt haben? Es haben die Behandlungen den Tod einer sehr großen Anzahl von Männern, Frauen und Kindern zur Folge gehabt, und konnte dieses von dem Genannten vorausgesehen werden?»

Dieser komplizierte, fast unverständliche amtsdeutsche Satz war die Hauptfrage, die den Geschworenen im kürzlichen Wiener Prozeß gegen den Eichmann-Helfer Franz Novak vorgelegt wurde, ein Prozeß, der Aufsehen und Kritik hervorgerufen hat, weniger wegen seines Verlaufes als wegen des Urteils der Geschworenen: Freispruch! Die Hauptfrage wurde zwar mehrheitlich bejaht, ja Franz Novak ist mitschuldig am Tod von Hunderttausenden, aber ihm wurde Befehlsnotstand zugebilligt. Befehl ist Befehl, und er habe so handeln müssen. Und so urteilt ein österreichisches Gericht!

Die Reaktion in der Presse und in der Öffentlichkeit auf dieses aufsehererregende skandalöse Urteil konnte nicht ausbleiben. So schreibt zum Beispiel «Der Kurier»: «Man stelle sich das vor: 1944 – die deutschen

Fronten brechen zusammen, Millionen Soldaten strömen zurück, Hunderttausende Flüchtlinge sind unterwegs, die Transportwege werden laufend bombardiert, überall ruft man nach Nachschub. In dieser Situation bringt es ein Mann, dieser Franz Novak, zustande, über viele Wochen hindurch alle vier Stunden pünktlich einen Transport von unschuldigen Menschen in die Vernichtungslager abzufertigen. Da ist dem Novak nichts eingefallen, was etwa die Fahrpläne der Vernichtungszüge hätte durcheinanderbringen können; da hat es keinen Vorrang für andere Transporte gegeben! Nein, es hat schon einer ungeheuren Anstrengung und Fleißarbeit, eines großen Einfallsreichtums bedurft, um diese organisatorische Meisterleistung zustande zu bringen! Alle Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland, die mit der gleichen Frage in ähnlichen Fällen befaßt worden sind, haben da ganz eindeutig entschieden: Das war kein Befehlsnotstand, das war leidenschaftliches Dienen zum Zwecke der Vernichtung. In keinem einzigen Falle haben deutsche Gerichte daher die Berufung auf den Befehlsnotstand solcher Leute wie Franz Novak zugelassen.»

Die holländische Zeitung «De Tijd» bezeichnet das Urteil als eine «bestürzende Entscheidung». Mit dem Freispruch hätten sich abermals einige Mitglieder des Gerichts die «verabscheuungswürdige These des ‚Befehl ist Befehl‘» zu eigen gemacht und damit die österreichische Justiz entehrt. Die österreichische Bevölkerung trage aber «nicht weniger historische Schuld an den im Namen des Österreichers Hitler begangenen Verbrechen wie das deutsche Volk». Vielleicht werde eine Aufhebung des Urteils durch den Obersten Gerichtshof Österreichs «einiges der Schmach wieder auslöschen».

Mit Recht hat das Urteil Aufsehen erregt. Das Gericht hat es sich wirklich einfach gemacht. Mit «Befehl ist Befehl» läßt sich nicht alles entschuldigen. Seltsame Dinge geschehen: In Wien wird ein hunderttausendfacher Mörder freigesprochen, in Berlin wurden die Kriegsverbrecher Albert Speer und Baldur von Schirach am Spandauer Gefängnistor mit Blumen begrüßt!

Otto Schmidt